
Jochen Blaschke

Ethnizität und Migration - Wissenschaft und Politik vor einem internationalen Problem

Dr. Jochen Blaschke, geb. 1946 in Hamburg, Studium der Politischen Wissenschaften an der FU Berlin, ist seit 1979 wissenschaftlicher Leiter des Berliner Instituts für Vergleichende Sozialforschung. Er ist zudem Koordinator des Interdisziplinären Verbundes für Migrationsforschung in Berlin.

Seit 1989 hat sich die Welt verändert. Der Ost-West-Gegensatz ist zu Ende. Damit wurden politische Gegensätze aufgehoben - und zwar genau im Sinne des Wortes: Die Fixierung auf die Überwindung der kommunistischen Regierungsform hatte ökonomische und soziale Fragen für mehr als ein halbes Jahrhundert verdeckt. Seit 1989 sind putschistische Utopien der Machtübernahme durch intellektuelle Avantgarden im Interesse eines realen oder fik-

tiven Proletariats nicht mehr möglich. Seit 1989 hätte die Debatte zur Einkommensverteilung frei von kommunistischer und antikommunistischer Agitation geführt werden können. Die Nähe von Verteilungskampf und kommunistischer Agitation ist dahin. Frühere Artikulatoren kommunistischer Ideen haben zu dieser Situation beigetragen, indem sie sich aus den Soziologien des Klassenkampfes zurückzogen und sich ein neues Terrain eroberten, das der ethnischen Beziehungen.

Der neue Slogan heißt Antirassismus. Die Inhalte sind gleich geblieben. Verschwörungstheoretische Elemente treffen sich mit der Sorge um die Ausbeutung eines Teils der Arbeiterschaft - jetzt Abdrängung in Unterklassensituationen - und werden durch die These der Betroffenheit vor Kritik immunisiert. Politische Weltansichten, die auf dem Schema von Freund gegen Feind beruhen, machen Ideen zu unmittelbar erfolgreichen Schemata politischer Praxis: Antirassisten kämpfen nach diesen sozialen Rezepten gegen Rassisten, die „ausländische Freunde“ bedrohen. Der „gute Arbeiter“ mußte nur durch den „guten Ausländer“, der „böse Kapitalist“ nur durch den „bösen Skinhead“ oder „Rechten“ ersetzt werden, um einen Solidaritätseffekt zu erzielen. Mit Mythen von Kampf der Guten gegen die Bösen hatten schon bis in die achtziger Jahre hinein Zeitschriften wie „Das Argument“ oder „Konkret“ ihre Auflagen zu steigern oder zu erhalten versucht. Dabei ist die Nähe zur Public-Relations-Industrie nach der Art von Hollywood offensichtlich.

Die laufende Debatte um Antirassismus verdeckt aber nicht nur die Interessen der Klassenkampfsoziologen, sie bezieht sich auch auf Phänomene neuer sozialer Auseinandersetzungen, die erst im letzten Jahrzehnt in der Bundesrepublik Deutschland virulent geworden sind. Die veränderten Einwanderungsmuster und die vielfältigen Formen der Eingliederung von Zuwanderern in die Gesellschaften der Zuwanderungsländer wirken sich auch als Xenophobie, Fremdenhaß und rassistischer Populismus in den politischen Arenen der Industrieländer aus. Das Bild gewaltsamer Auseinandersetzungen um die Einwanderungs- und Eingliederungsproblematik von Menschen aus der Dritten Welt und aus Osteuropa hat auch die Welt der Wissenschaften von Migration und ethnischen Beziehungen gewandelt: Alte Themen und Fragestellungen werden in neuem Licht gesehen, neue Probleme führen zu neuen Debatten.

Das Ende des Ost-West-Gegensatzes hat in den Köpfen von Politikern die Angst vor einer Masseneinwanderung aus Osteuropa angeheizt. Auf nationaler und internationaler Ebene fanden in den letzten Monaten eine große Zahl von Konferenzen zur Migrationspolitik statt. Wissenschaftler hetzten von Kolloquium zu Kolloquium, um neue Forschungsstrategien zu bestimmen. Dabei ist zwischen modischem Gerede, das noch vor kurzem durch Umweltfragen oder Technologie-Folgeeinschätzungen bestimmt war, und seriöser Arbeit kaum zu trennen. Das hat selbstverständlich etwas mit der Beliebigkeit sozialwissenschaftlicher Fachabgrenzungen zu tun, die sich eher nach der Versorgung des wissenschaftlichen Nachwuchses ausrichten, als mit methodischen

und inhaltlichen Kategorien. Es geht aber auch auf die Geschichte der Wissenschaften von Migration und ethnischen Beziehungen zurück.

Migrationsforschung hat sich um die Jahrhundertwende als Teilgebiet der Demographie herausgebildet. Damals war dieser Zweig der Bevölkerungsforschung unter dem Einfluß der sozialen Fragen jener Zeit weitaus kritischer orientiert gewesen als nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Migrationsforschung zu einem statistischen Nebenschauplatz der Demographie verkam. Erst mit der in den fünfziger und sechziger Jahren staatlich gelenkten Rekrutierung von Arbeitnehmern hat sich auch in Europa ein wissenschaftliches Arbeitsgebiet etabliert, das Fragen internationaler Migration und ethnischer Beziehungen gewidmet ist. In der Bundesrepublik waren hier von Anfang an Historiker, Soziologen, Politikwissenschaftler und Ethnologen sowie Ökonomen, Pädagogen und Juristen engagiert. Die Ausdeutung und Neuformulierung des Ausländerrechts stand im Vordergrund wissenschaftlicher Diskussionen. Originelle Theoriediskussionen fehlten, trotzdem entstand für eine kurze Zeit eine Debatte, die Diskussionen der späten achtziger Jahre vorwegnahm. Thema war die Zuordnung der Arbeitsmigration zu - wie es damals hieß - Theorien des Imperialismus. Fragen der Arbeitsimmigration wurden im Kontext von Veränderungen internationaler Arbeitsteilung vergleichend diskutiert. Unterentwicklung, Verödung bäuerlicher Lebenswelten, Industrialisierung in der Dritten Welt waren ein Themenkreis der Migrationstheorie; ein anderer waren Fragen der Entstehung eines unteiprivilegierten Subproletariats. Diese Debatte hielt jedoch nur kurzfristig an. Die damaligen Themen erinnern an die laufende Diskussion: Migration wurden als solche, nämlich als räumliche Mobilität von Gesellschaftssegmenten debattiert. Integrationsfragen wurden in ein breites Spektrum sozialwissenschaftlicher Themen eingeordnet.

In den siebziger Jahren kam es in der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung zu einem Umbruch in der Forschungsperspektive: Damals wandte man sich von vergleichenden und international ausgerichteten Studien ab und etablierte die sogenannte Ausländerforschung. Den Ausschlag dafür gaben politische Optionen. Staatliche Einrichtungen waren an unmittelbar einleuchtenden - und für direkte politische Eingriffe umzusetzenden - Forschungsergebnissen interessiert. Die paradigmatische Fragestellung hieß, ob und wie sich Zuwanderer als Individuen in einer als homogen apostrophierten deutschen Aufnahmegesellschaft eingliedern. Methodologisch waren diese Arbeiten monographisch angelegt. Jede Migrantengruppe wurde als singuläres Phänomen verstanden. Die Datengrundlagen waren Selbsterfahrungsberichte und vereinzelt auf Umfragen basierende Studien.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre veränderte sich die Forschungslandschaft wiederum: Die Themen ähnelten sich, die Orientierung an staatlichen Eingriffen trat jedoch ein wenig zurück. Die Ursachen dafür waren einerseits wissenschaftsorganisatorischer und andererseits objektbezogener Art. In den siebziger Jahren zogen die Familien der Arbeitsmigranten nach, und es

wuchs eine zweite Generation von Zuwanderern heran. Damit wurden die Integrationsprobleme der Immigranten um so dringlicher. Die Volkswagen-Stiftung nahm sich der „Migration und ihrer sozialen Folgen“ an¹ und baute eine Schwerpunktförderung zu diesem Thema aus. „Chancen für Gemeinsamkeit“ formulierten Hermann Körte und Alfred Schmidt als Schlagwort: „Deutsche und Ausländer befinden sich gemeinsam in einem langfristigen Entwicklungsprozeß, der unterschiedlich verlaufen kann: einmal in die Richtung auf mehr Miteinander und zum anderen auf mehr Gegeneinander“, lautete das Resümee. Wiederum ging es um innenpolitische Fragen, die weltweiten Probleme der Migration blieben ausgeblendet - es sei denn als solche von Reintegrationsabsichten. Die Studien bezogen sich angesichts ihres eigenen sozialen Wandels hauptsächlich auf Bewußtseinsänderungen der „Gastarbeiter“.

Erst Anfang der achtziger Jahre schlossen die Arbeiten von Esser und Heckmann an verschüttete ältere Traditionen der US-amerikanischen Erforschung von Migration und ethnischen Beziehungen an.² Heckmann verwies auf die Bedeutung von ethnischen Institutionalisierungsprozessen; Esser machte deutlich, daß Integrations- und Assimilationstheorien sowohl als Motivationsanalysen als auch bei der Deutung der Rahmenbedingungen eine komplexe Analyse erforderten. Trotzdem blieb das Problem einer auf die Innensicht beschränkten, parochialisierten Forschungsperspektive bestehen: Die Debatte blieb weitgehend auf die Fragestellung einer „Ausländersozio­logie“ beschränkt. Weitergreifende Arbeiten wurden zwar hier und da fortgesetzt, doch diese Untersuchungsperspektive stand insgesamt nicht mehr im Vordergrund des wissenschaftlichen Erkenntnisinteresses. Dazu hat die innerhalb der Migrationswissenschaft selbst formulierte Kritik beigetragen, daß Migranten als soziales und politisches „Sonderproblem“ definiert worden seien und daß damit in die Forschungsansätze eine „selb-fulfüling prophecy“ eingeflossen sei: Die Migrationsforschung hätte die Migranten nicht als selbst handelnde, soziale Gruppen anerkannt, so daß die Wissenschaft selbst zur Marginalisierung dieser Zuwanderer beigetragen hätte. Andererseits wurde die schon im Ansatz dieser Forschungsarbeiten angelegte Reduktion auf Motivationsstudien und kulturellrelativistische Sichtweisen kritisiert.

In den achtziger Jahren hat sich die Migrationsforschung auf zahlreiche Sonderfragen spezialisiert - und damit auch zerfasert. Übergreifende Forschungsansätze, die allgemeine theoretische und politische Konzepte aufnehmen könnten, fehlten weitgehend. Im Vordergrund standen vielmehr eher sozialtechnologisch orientierte Studien zu pädagogischen Modellprojekten, zu juristischen Fragen politischer Partizipation und zu isolierten Sonderproblemen der Remigration. Theoriebildungen, die langfristig wirken würden, wurden nicht erstellt.

1 Hermann Körte/Alfred Schmidt, Migration und ihre sozialen Folgen. Förderung der Gastarbeiterforschung durch die Stiftung Volkswagenwerk 1974 -1981, Göttingen 1981.

2 Hartmut Esser, Aspekte der Wanderungssoziologie, Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse, Darmstadt 1980; Friedrich Heckmann, Die Bundesrepublik: Ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwanderungsminorität, Stuttgart 1981; siehe auch Blaschke/Greussing, „Dritte Welt“ in Europa, Frankfurt/M. 1980.

Doch auch diese Forschungsansätze beziehen sich wiederum weitgehend auf jeweils in nationalen oder lokalen Kontexten erscheinende Probleme. Das Interesse ist weitgehend auf ad-hoc-Fragen gerichtet. Unmittelbare politische Erfahrungen werden in wissenschaftliche Aussagen umgemünzt. Aus persönlicher Betroffenheit resultierendes Problembewußtsein wird mit abstrakt übernommenen Theoriefragmenten angelsächsischer oder frankophoner Migrationswissenschaft vermengt und popularisiert. Die derzeitige Diskussion zu Rassismus und Antirassismus ist ein Beispiel für diese spontane und in gewissem Sinn parochiale wissenschaftlich-sozialtechnologische Sichtweise.

Es fällt auf, daß eine gegenstandsorientierte, systematische und in die Tiefe gehende komparatistische Erarbeitung der wichtigsten Problemfelder im Bereich von Migration und ethnischen Beziehungen ausblieb. Das gilt für die ideologische und strukturelle Ausgrenzung von Zuwanderergruppen, für Ansatzpunkte der kulturellen Selbstverwirklichung und der politischen Beteiligung neuer ethnischer Minderheiten wie auch für eine Diskussion um die notwendige ökonomische und soziale Erneuerung von Arbeitsplätzen, die vor allem von den neuen ethnischen Minderheiten besetzt oder geschaffen werden, sowie die Erneuerung ihrer Wohnquartiere. Erst eine solche empirisch orientierte vergleichende Problemsicht wird praktische Konsequenzen haben, die in eine langfristige Politik ethnischer Beziehungen auf allen Ebenen der Gesellschaft münden können.

Solche, nicht auf ideologischer Ebene ansetzenden Forschungsorientierungen könnten durch eine Einbeziehung der internationalen Migrationsforschung befruchtet werden. Dabei wird sicherlich die Diskussion zur Umgestaltung des Systems internationaler Arbeitsteilung durch Migrationsbewegungen zunächst ins Zentrum rücken. Hierbei geht es auch um die enge Verbindung von verschiedenen Politikbereichen - vor allem von Ansätzen der Entwicklungspolitik und der „Ausländerpolitik“ („Immigrationspolitik“), die einen lediglich juristischen und damit nominalistischen Umgang mit Zuwanderern überwinden helfen könnte. Die Migrationswissenschaft könnte damit an die neueren Diskussionen um entwicklungspolitische Theorie und Praxis Anschluß finden. Die Orientierung auf juristische Objektbestimmungen wie „Ausländer“, „zugewanderte Arbeitnehmer“ oder „Asylbewerber“ - würde sich in diesem Kontext aufheben. Denn im Vorfeld einer Neubestimmung des Forschungsfeldes würden Diskussionen über den Begriff „Migrant“ stehen müssen. Die definitorische Vorgabe von Immigrationsgesetzen und staatlichen Verfahren der Eingliederung von Zuwanderern reichten nicht mehr aus, die unterschiedlichen neuen Bevölkerungsgruppen begrifflich voneinander abzugrenzen.

Migrationsbewegungen und Migrationssystem

Die aus dem Korsett der „Ausländerforschung“ befreite Migrationsforschung entwickelte eine globale Sichtweise internationaler Bevölkerungsbewegungen. Lange Zeit wurde die Zuwanderung von Arbeitern als ein auf

Europa bezogenes „Gastarbeiterproblem“ verstanden. In neuerer Zeit jedoch diskutieren Fachwissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen historische und globale Dimensionen des Migrationsphänomens, und es entsteht so etwas wie eine eigenständige Wissenschaft von Migration und ethnischen Beziehungen.

Ausschlaggebend für diesen Wandel waren Anfang der achtziger Jahre der von Kritz, Keely und Tomasi edierte Sammelband zu „Global Trends in Migration“ und dann die Publikationen von Robin Cohen und von Saskia Sassen-Koob.³ Für letztere sind die neuesten Migrationsbewegungen Ausdruck einer weltweiten Veränderung im System der Arbeitsteilung. Die bis dahin vorrangige Argumentation unter den Theoretikern internationaler Arbeitsteilung war von der Annahme bestimmt, daß die Arbeiter durchweg an ihre Herkunftsregionen gebunden blieben, die industriellen Produktionsmittel jedoch immer mobiler werden würden. Das Thema der Produktionsstandorte bestimmte die entwicklungstheoretischen Auseinandersetzungen, das der Migration von Arbeitern wurde dagegen weitgehend ausgeklammert.

Sowohl von der Quantität der Produktion als auch von der Zahl der eingesetzten Arbeitskräfte her ist die Bedeutung der neuen Produktionsstandorte für den weltweiten Wandel überschätzt worden. Robin Cohen beleuchtet das Problem am Beispiel verschiedener „regionaler politischer Ökonomien“. In solchen regionalen Ökonomien entwickeln sich Migrationsströme besonderer Art, die sich den jeweiligen Gegebenheiten anpassen. Im südlichen Afrika wandelt sich die klassische Arbeitsmigration in die Industriegebiete des Apartheidstaates zu einer alle Staaten der Region einbeziehenden Flüchtlingsbewegung. Im Zuge der wachsenden Einkommen der Ölländer entstanden bis zum Niedergang des OPEC-Kartells im Vorderen Orient große Immigrantengemeinschaften. Kuwait und die Vereinigten Emirate verwandelten sich in Immigrantengesellschaften, die im Zuge des zweiten Golfkrieges ihr Konfliktpotential deutlich werden ließen. Die Bürger dieser Staaten wurden zu Minderheiten, die Mehrheiten waren Bürger zweiten Ranges. Ägypten, Yemen und Sudan gerieten in Abhängigkeit von Rückzahlungen der Arbeitsauswanderer. Die Freisetzung von massenhaften Migrationsbewegungen zeichnet die ungleiche Entwicklung in der westafrikanischen Region aus, wo Ghana und Nigeria Angelpunkte der Wanderungsbewegungen wurden. In Mittelamerika vermischen sich Flucht- und Arbeitsmigrationsbewegungen zu kaum differenzierbaren Bevölkerungsströmen, die hauptsächlich im Norden des Kontinents neue proletarisierte Schichten entstehen lassen. In der Dritten Welt hat sich somit die Situation gewandelt: Zu den Strukturen der Unterentwicklung⁴ gehören auch die weitgehenden Bevölke-

3 Mary M. Kritz/Charles B. Kelly/SUvano M. Tomasi (Hrsg.), *Global Trends in Migration: Theory and Research on International Population Movements*, New York 1983; Robin Cohen, *The New Helots, Migrants in the International Division of Labour*, Aldershorst 1987; Ders., *The „New“ International Division of Labour: A Conceptual, historical and empirical Critique*, in: *Migration. Europäische Zeitschrift für Fragen intern. Migration und ethischer Beziehungen*, 1/1987, o. S.; Saskia Sassen-Koob, *The Mobility of Labour and Capital*, London 1988.

4 Siehe Reginald Appleyard (Hrsg.), *The Impact of International Migration on Developing Countries*, (OECD), Paris 1989.

rungsverschiebungen als Arbeitsmigration, Fluchtbewegungen und Vertreibungen.⁵

Aber auch die Bevölkerungsstrukturen in den Industrieländern haben sich geändert. Die Dritte Industrielle Revolution und die mit ihr einhergehenden Veränderungen in den metropolitanen Wirtschaftssystemen haben eine Rückkehr von Produktionsstandorten möglich gemacht. Die vollautomatische Fabrik machte eine Zusammenlegung diversifizierter Produktionsstandorte wieder rentabel; auch bei sehr hohen Lohngefällen zwischen den unterschiedlichen Produktionsstandorten.⁶ Heute kumulieren neue Industrien um die metropolitanen Zentren der alten Industrieländer, und in den neu industrialisierten Ländern entwickeln sich metropolitane Standorte, die durchaus denen der alten Industrieländer ähneln. Die Rolle dieser Metropolen ist höchstwahrscheinlich für die Einschätzung zukünftiger Trends internationaler Arbeitsteilung entscheidender als die Rolle der Produktionsstandorte in der Dritten Welt. Folgt man den Argumentationen von Henderson und von Sassen-Koob, so konstituiert sich das Weltsystem neu. Metropolitane Konglomerationen bilden die zentralen Orte globaler Arbeitsteilung mit einem riesigen Arbeitskräftepotential, das sich über legale und illegale Migrationsbewegungen rekrutiert. Innerhalb dieser Zentren entwickeln sich Klassensysteme, die durch ethnische Grenzen deutlicher differenziert werden.

Die Folgen des ökonomischen Wandels in den westeuropäischen Industriegesellschaften verlangen nach Immigranten. So wird einerseits die Rekrutierung von Arbeitsimmigranten in fast allen Industrieländern beibehalten und es entsteht ein breiter Markt illegaler Arbeit. Im Bausektor verlangen Unternehmer nach Arbeitskräften aus dem Ausland. Im Agrar- und Gastronomiebereich werden viele Wanderarbeiter beschäftigt. Auch Familien aus Mittelschichten stellen kurzfristig illegale als Haushaltshilfen und dergleichen ein. Diese Veränderungen gehen auf eine tiefgehende Revolution der Produktionsweisen zurück: Das industriekapitalistische System formiert sich neu.

Die Kernindustrien haben sich verändert. Große Konglomerate produzieren risikofrei in ihren Betrieben nach neuen, an japanischen Modellen ausgerichteten Verfahren. Es werden Facharbeiter gesucht, die der einheimische Markt nicht mehr zur Verfügung stellen kann. Ingenieure, Technokraten und Verwaltungsfachleute stellen neue Mittelschichten, die das Produktions- und Verwaltungssystem beherrschen und das Konsumverhalten der reichen Oberschichten nachahmen, ohne über deren Ressourcen zu verfügen. Sie sind somit auf billige Dienstleistungen, die von Einwanderern bereitgestellt werden, angewiesen. Dazu gehören Haushaltshilfen, Schnellimbisse und Reparaturdienste, Gartenpflegeleistungen und Unterhaltungsbetriebe. Auch das Personal von Forschungsanstalten und sogenannten Technologiezentren, die

⁵ Siehe Astride Zolberg/A. Suhrke/S. Aguayo, *Escape from Violence. Conflict and Refugee Crisis in Developing World*, New York and Oxford 1989.

⁶ Siehe hierzu Sanstosh Mukherjee, „Pseudo-Entwicklung“ und Arbeitslosigkeit—Perspektiven der Beschäftigung in Industrie- und Entwicklungsländern, in: Jochen Blaschke (Hrsg.), *Bruchstellen: Industrialisierung und Planung in der Dritten Welt*, Frankfurt/M. 1981.

lokale und regionale Betriebe durch moderne Technologien den Weltmärkten anpassen sollen, gehören zu den erwähnten neuen Mittelschichten.

Die Konzentration der großen Konzerne auf ihre zentralen Industrien ließ einer ganzen Reihe von Zuliefererbetrieben einerseits und von Absatzbetrieben andererseits entstehen, die unabhängig von den Großfirmen mit eigenem Risiko arbeiten. Dazu ist eine neue industrielle Reservearmee von Arbeitskräften aus Immigranten rekrutiert worden. Viele dieser Firmen sind ethnische Familienbetriebe. Vertrauen anstelle von großem Kapitaleinsatz stellt hier die Arbeitsgrundlage. Die Risiken tragen die Zugewanderten selbst. Die großen Firmen puffern ihre wirtschaftlichen Kalkulationen mit dieser Politik der Auslagerung ab.

Eine Rationalisierung von Arbeitsplätzen im Bausektor, in der Landwirtschaft und in der Gastronomie scheint weiterhin schwierig zu sein. Hier wird extensiv und saisonabhängig produziert. Fachkräfte und Hilfskräfte müssen für begrenzte Phasen (beispielsweise während des Sommer- oder Wintertourismus, während der Erntezeit oder in der sommerlichen Baukonjunktur) angeworben werden. Diese Anwerbung betrifft immer mehr Migranten, häufig auch Illegale.

Der Zufluß von Migranten ist für die Stabilisierung von Arbeitsmärkten oder vielmehr Arbeitsmarktsektoren postindustrieller Staaten zur notwendigen Bedingung geworden. Immigrationspolitik ist darum ein neues Politikfeld. Systematisiert ist diese Politik jedoch nicht, vielmehr greift sie auf eine Vielzahl von überkommenen Eingangstoren für Zuwanderer zurück. Dieser Rückgriff ist in der Regel nicht Ausfluß rationaler Debatten oder demokratisch legitimierter Entscheidungen sondern eher das Ergebnis der Zuwanderungswahl der Immigranten selbst. Politiker der Industriestaaten haben bislang in den alten Einwanderungsstaaten die Immigrationssysteme als mißbraucht kritisiert oder neue Zugangstore ad hoc geschaffen. Eine Strategie zur Reform von Arbeitsmarkt- und Immigrationspolitik existiert zur Zeit nicht. Auch die Europäisierung bietet hier keine Alternative.

Flucht und Internationale Migration

Nicht Europa und die Bundesrepublik Deutschland sind die großen Immigrationsländer, sondern die Staaten Afrikas und Asiens. Hier konzentrieren sich etwa 50 Millionen Flüchtlinge und Migranten besonders in Grenzregionen, hinzu kommen mindestens 500 Millionen Binnenmigranten. Flüchtlingslager und ihre Versorgung sind zu einem wichtigen Teil entwicklungsökonomischer Bestrebungen geworden. Katastrophenhilfe und die Steuerung von Massenmigrationen sind inzwischen Hauptaufgaben internationaler Politik. Auch Europa wird von diesen Bewegungen tangiert. Deutschland wurde in den letzten 40 Jahren aufgrund seiner Aufnahmepolitik gegenüber etwa 14 Millionen Aussiedlern und Vertriebenen aus den früheren Ostgebieten des Deutschen Reiches und aus Osteuropa eines der größten Einwanderungsländer der

Welt. Hinzu kamen etwa 5 Millionen Arbeitsmigranten und 700 000 Flüchtlinge.

International sind die Fluchtbewegungen der letzten zwei Jahrzehnte als jeweils einzelne Katastrophen wahrgenommen worden, auf die mit Wohlfahrts- und Nothilfeprogrammen reagiert wurde, die von den Vereinten Nationen und von internationalen Nichtregierungsorganisationen vermittelt wurden. Eine differenzierte wissenschaftliche Auseinandersetzung, die die Ursachen dieser Katastrophen in einen weltweiten Zusammenhang stellen müßte, blieb jedoch bislang auf erste Ansätze beschränkt.

Offensichtlich ist die Flüchtlingskrise der siebziger Jahre eng mit der Neustrukturierung des internationalen politischen Systems verbunden, die sich für Zolberg als Globalisierung sozialer Konflikte darstellt.⁷ Das global village verfügt über eine dichte Vernetzung von Kommunikationsstrukturen, bietet aber zugleich zunehmend Anlässe für externe Interventionen. Die damit erfolgende Internationalisierung regionaler Konflikte trägt zur Entstehung von Fluchtbewegungen bei, und zwar insbesondere dann, wenn von mehreren Seiten Konfliktparteien militärisch unterstützt werden.⁸ Als wichtigster Faktor der Neustrukturierung des weltweiten politischen Systems, auf den die Entstehung der Flüchtlingskrise zurückgehe, erscheint die Entstehung neuer Staaten - und deren Eigendefinition als Nationalstaaten.⁹

Nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs und der Entstehung neuer Nationalstaaten in Osteuropa hat sich die Wahrnehmung von Flüchtlingsbewegungen verändert: Konfliktvermeidung als Ursachenbekämpfung und eine auf ad-hoc-Flüchtlinge ausgerichtete Lösung von Flüchtlingsproblemen durch die Unterbringung von Betroffenen über kurzfristige Aufnahmeinstrumentarien sind zu einem notwendigen Element internationaler Flüchtlingspolitik geworden. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die sich noch auf den individuellen vor Verfolgung Fliehenden konzentrierte, scheint nicht mehr auszureichen, um das Weltflüchtlingsproblem in den Griff zu bekommen. Auch die Rückführung der Flüchtlinge in ihre Heimat oder ihre Ansiedlung in Drittregionen erfordern ein weitgefächertes entwicklungspolitisches Programm, das angesichts der Entwicklung in Osteuropa jedem zugänglich ist. Die Krisen in Jugoslawien oder in Aserbeidschan zum Beispiel sind ohne außen- und entwicklungspolitische Eingriffe nicht mehr unter Aspekten der Flüchtlingshilfe lösbar.

Ein zweite wichtige Entwicklung ist die Wahrnehmung der hunderte Millionen Menschen umfassenden Situation deplazierter Migranten. Diese fallen nicht unter die internationalen Konventionen. Das internationale Migrations- und Flüchtlingsregime betrachtet diese Bevölkerungsgruppen als quasi nicht existent. Aber gerade aus den Kreisen des UN-Systems mehren sich die

7 Astride Zolberg, *International Migrations in Political Perspektive*, in: M. Kritz/C. Kelly/S. Tomasi (Hrsg.), *Global Trends in Migration*, New York 1983, S. 3-27.

8 Siehe A. Zolberg/A. Surke/S. Aguayo, a. a. O.

9 Siehe Astride Zolberg, a. a. O.

Stimmen, die die deplazierten und die in das Flüchtlingshilfesystem eingebundenen Migranten als gemeinsames Problem bestimmen wollen. Ob die Vereinten Nationen dazu in der Lage sind, den massiven politischen Widerstand einzelner Nationalstaaten und Sonderorganisationen gegen die Beschränkung ihrer Souveränität zu überwinden, bleibt abzuwarten. Hier ist die solidarische Arbeit anderer Organisationen wie Kirchen, Parteien, Nichtregierungsorganisationen und nicht zuletzt der Gewerkschaften gefragt.

Die zur Zeit praktizierte Reduktion des Problems auf eine sozialpädagogische oder polizeistaatliche Abwehr des Rassismus in unserem Land wird der lokalen, nationalen und internationalen Komplexität des Problems nicht gerecht. Die Debatte um den Antirassismus schließt an Diskussionen der Ausländerforschung an, ohne die in der Zwischenzeit angewachsenen politischen und wissenschaftlichen Erkenntnisse zu verarbeiten. Antirassismus kann nicht moralisierende Standortbestimmung sein, sondern muß für die Betroffenen - und hier sind vor allem Flüchtlinge und deplazierte Migranten gemeint - langfristige Lösungen schaffen. Rassistische Gewalt und populistische Politik können nur angesichts einer von allen gesellschaftlichen Gruppen getragenen Neuordnung des Weltmigrationssystems begegnet werden.